

Regierung zur Durchführung inflationistischer Pläne? Soll sie nach dem Muster der englischen nationalen Konzentrationsregierung das gescheiterte englische Experiment in Deutschland noch einmal als verfehlt erweisen?

Es sind die Interessenten der Inflation, die hinter den Krisenmachern stehen, und die Arbeiterklasse würde das Opfer sein — mit ihr die gesamte deutsche Wirtschaft!

Es droht Gefahr! Gefahr für die Außenpolitik, Gefahr für die Wirtschaft, Gefahr für die Währung, Gefahr für die Sozialpolitik, Gefahr den Erwerbslosen, der gesamten Arbeiterklasse!

Wie diese Regierung zustande gekommen ist — das kennzeichnet den ungeheuren politischen Rückschritt der letzten zwei Jahre. Unverantwortliche Claqueurs, der öffentlichen Kontrolle entzogen, arbeiten im Dunkeln, sie stürzen Regierungen und machen Regierungen und spielen Schicksal für ein 60-Millionen-Volk! Hinter dem Namen „nationales Konzentrationskabinett“ steht die Wille, immer stärker in der Richtung der Diktatur zu steuern.

Wie will diese Regierung eine Mehrheit im Reichstage erhalten? Man hört, daß die Nationalsozialisten für die Tolerierung dieser Regierung zwei Bedingungen stellen: Aufhebung des SA-Verbotes, Reichstagswahlen im Herbst! Sie sehen in dieser Regierung das Ubergangskabinett für die Zeit bis zur Wahl, in Papen und seinen Ministern die Blatthalter für eine kommende Regierung der nationalsozialistischen Diktatur, in der „nationalen Konzentration“ die letzte Stufe vor dem offenen Faschismus.

Reichstagswahlen im Herbst, Verschärfung der politischen und sozialen Kämpfe — das ist die Perspektive, die vor der deutschen Arbeiterbewegung steht! Es gilt, gerüstet zu sein für entscheidende Kämpfe!

Papen ausgetreten.

Zentrum wird einen Balken los. — Papens Außenpolitik.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist zu einer Sitzung am Mittwoch beschleunigt zusammenberufen worden.

Inzwischen wird bekannt, daß der bisherige Landtagsabgeordnete und Inhaber der Aktienmehrheit der „Germania“ Franz von Papen jetzt seinen Austritt aus der Zentrumsfraktion erklärt hat, nachdem ihm vor einigen Jahren schon durch den preußischen Zentrumsführer Heg der Ausschluß wegen Disziplinbruchs angedroht worden war. In Zentrumskreisen kennt man den Kanzlerkandidaten zwar als sehr ehrgeizig, schäbt aber seine politische Begabung gleich null!

Papen wird übrigens in der „Deutschen Zeitung“, dem alldeutschen Blatt, heftig angegriffen, weil er deutsch-französische Verständigungspolitik treibe. Tatsächlich hat er auch mit französischen Verständigungspolitikern wie D'Ormesson und Briand Verbindung gesucht und in Frankreich Verhandlungen geführt. Seine Verständigungspolitik hat allerdings mit der sozialdemokratischen Außenpolitik keine Ähnlichkeit. Sie trägt scharf antirussischen Charakter.

Das Zentrum gegen Papen.

Die „Germania“ gegen ihren Hauptaktionär.

Nach behor von Papen, der deutsch-nationale Parteigänger im Zentrum, mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragt war, erteilte die „Germania“, ohne Nennung seines Namens, diesem seltsamen Reichskanzlerkandidaten folgende Abfrage:

„Zahlreiche Namen, unter denen sich viele befinden, die in solchen Situationen immer aufzutreten pflegen, werden genannt. Es verlohnt sich kaum, sie hier wiederzugeben, da sie doch lediglich mehr oder weniger hilflosen Kombinationen entspringen. Da diese Gerüchte auch die Möglichkeit verzeichnen, daß eine Persönlichkeit des Zentrums zur Führung der neuen Regierung berufen werden dürfte, muß man doch verwundert fragen, warum denn eigentlich die Krise entseht wurde, wenn Herr Brüning einfach durch einen anderen Zentrumsmann ersetzt werden soll! Es wird jedenfalls keine Persönlichkeit geben, die sich als Führer oder Mitglied des neuen Kabinetts darauf berufen könnte, Vertrauensmann der Zentrumsfraktion zu sein.“

Inzwischen hat, wie an anderer Stelle schon gesagt, der „neue Mann“ die Zentrumsfraktion verlassen. Wahrscheinlich wollte er verhindern, daß sein Ausschluß erfolge.

Schlange-Schöningen ging schon vorher

Aus Protest gegen die agrarischen Treiber von Reudel.

Aus bestunterrichteter Quelle teilt die Agrarkorrespondenz „Landwirtschaftshilfe“ Einzelheiten zur Verabschiedung des Kabinetts Brüning mit, die auf Persönlichkeiten, Zusammenhänge und Gründe ein helles Licht werfen:

Bereits am Donnerstag, dem 26. Mai, hat Minister Schlange-Schöningen in einem Schreiben dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Die Vorgeschichte dieses Schreibens ist die, daß am 25. Mai aus Reudel vom Staatssekretär Meißner ein Schreiben einging des Inhalts, daß der Reichspräsident die Unterzeichnung der Notverordnung verweigert, falls nicht ganz bestimmte Forderungen erfüllt würden. Die Wänderungsforderungen stützten sich in dem Schreiben Meißners auf einen Entwurf, der sehr wenige Stunden bestanden hatte und durch den endgültigen, dem Reichspräsidenten zugeleiteten und in enger Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Entwurf gegenstandslos geworden war. U. a. wurde die Befragung der Landwirtschaftskammern bei der Entscheidung über Besiedlung von Gütern gefordert, die bereits im Entwurf stand. Es wurde die alleinige Entscheidung durch den Diskommissar oder durch den Reichsernährungsminister verlangt, während Diskommissar und Reichsarbeitsministerium in wahrhaft kameradschaftlicher Übereinstimmung sich von der Notwendigkeit der Besetzung beider Ressorts überzeugt hatten.

SA-Verbot und Hindenburg.

Aufhebung bedeutet völlige Zerstörung der Autorität des Reichspräsidenten.

Sicherem Vernehmen nach stellt die Nationalsozialistische Partei für jedwede Tolerierung eines neuen Reichskabinetts zwei Bedingungen: Auflösung des Reichstages und Aufhebung des SA-Verbotes. Es ist darum notwendig, daran zu erinnern, unter welchen Umständen und mit welcher Begründung das Verbot der SA erfolgte.

Am 13. April dieses Jahres, also vor etwa sechs Wochen, unterzeichnete der Reichspräsident von Hindenburg eine Verordnung auf Grund des Artikels 48, der sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) mit allen dazugehörigen Stäben, sonstigen Einrichtungen usw. mit sofortiger Wirkung auflöste. In der Begründung wurde wörtlich folgendes gesagt:

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet.

Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteicheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet.

Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit lehrerähnlicher Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalttätigkeiten durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Verunsicherung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetzgebung ihre Beschäftigung nachgeht.

Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite

organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und

letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei fordern muß, verlieren.

Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Mit dieser Begründung hat Reichspräsident von Hindenburg vor sechs Wochen das Verbot der SA verfügt! Jetzt wird ihm zugemutet, durch eine neue Verordnung auf Grund des Artikels 48 dieses Verbot wieder aufzuheben! Es erübrigt sich, des näheren auszuführen, welche Schlussfolgerungen aus einer solchen Aufhebung des Verbotes im Ausland und im Inland gezogen werden würden. Von einer Autorität des deutschen Staatsoberhauptes könnte nach einem solchen beispiellosen Vorgang, der einer vollständigen Kapitulation gleichkäme, nicht mehr die Rede sein.

Wird die neue Regierung dem Reichspräsidenten wirklich die Zumutung stellen, seine Autorität auf solche Art und Weise preiszugeben? Das wäre ein sehr merkwürdiger Anfang für eine Regierung, die eine Regierung der nationalen Konzentration, wenn nicht der nationalen Diktatur sein will, und deren Parteigänger sich bisher zu der Parole bekannten: Mehr Macht dem Reichspräsidenten!

In seinem Rücktrittsgesuch vom 26. Mai hat Schlange-Schöningen u. a. erklärt: Von Enteignung sei im Entwurf nicht die Rede. Es handle sich nur um die Möglichkeit zur Zwangsversteigerung, die „unter Vermeidung aller Härten den Notwendigkeiten“ entspreche, „denen eine verantwortungsbewusste Regierung in Ansehung der Sachlage gerecht zu werden verpflichtet ist“. § 1 sehe nur Zwangsversteigerung vor bei Gütern, die „beim besten Willen nicht gehalten werden können“. Neu sei überhaupt nur gegenüber dem bisherigen Sicherungsverfahren die Verkürzung der Fristen. Siedlungstätigkeit in erhöhtem Tempo sei nicht nur grenzpolitisch notwendig, sie entspreche dem „nationalen Drang zur Selbsthilfe und Befundung“. Der Entwurf bewege sich auf der Bahn der Gedanken des Freiherrn vom Stein, der „nach dem Niederbruch von 1806 ebenfalls von manchen wie mit Blindheit geschlagenen Kreisen als Revolutionär bekämpft“ worden sei. Teile des Großgrundbesitzes, die die Zeichen der Zeit wieder nicht verstanden, seien im Begriff, sich ihr Grab zu graben.

Der Brief schloß mit der Bitte um Enthebung von seinem Amt als Reichskommissar.

Reichstag vertagt.

Zusammentritt erst nach Bildung der Regierung.

Im Kellertentrat des Reichstages, der am Dienstagabend zusammentrat, verlangten die Kommunisten und dann auch die Nationalsozialisten und Deutschnationalen, daß an dem 6. Juni als dem Tag des Wiedezusammentritts des Reichstages festgehalten werde. Die übrigen Fraktionen stellten sich jedoch mit dem Reichstagspräsidenten Löbe auf den Standpunkt, man solle wie in früheren Regierungskrisen abwarten, bis eine neue Regierung gebildet sei. Infolgedessen wurde Reichstagspräsident Löbe ermächtigt, den Reichstag sofort einzuberufen, sobald der neue Reichskanzler bereit sei, eine Regierungserklärung abzugeben. Sollte sich dieser Zeitpunkt zu lange hinzögern, so beabsichtigt Präsident Löbe, den Kellertentrat noch einmal zu befragen.

Ferner behandelte der Kellertentrat die Frage, ob auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung eine Minderheit die Einberufung des Reichstages verlangen kann, auch wenn das Parlament selbst sich auf einen bestimmten späteren Zeitpunkt vertagt hat. Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten forderten wiederum dieses Recht der Minderheit unter Berufung auf das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen den Präsidenten des Preussischen Landtages, Reichstagspräsident Löbe und mit ihm die übrigen Fraktionen blieben jedoch bei der Auffassung, daß dieses Urteil nur für den Preussischen Landtag gelte und daß die bisherige Auslegung des Artikels 24 der Verfassung richtig sei, wonach das Recht eines Drittels der Abgeordneten, die Reichstagsversammlung zu verlangen, nur für die Zeit während eines Sessionsaufschlusses gelte.

Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten hatten die Absicht, ein ähnliches Urteil, wie es der Staatsgerichtshof für Preußen gefällt hat, auch für den Reichstag herbeizuführen. Ein solcher Antrag ist jedoch beim Staatsgerichtshof noch nicht gestellt worden, weil sich inzwischen herausgestellt hat, daß für Streitigkeiten zwischen dem Reichstagspräsidenten und Abgeordneten der Staatsgerichtshof nicht zuständig ist. Die Streitfrage könnte also nur im Plenum des Reichstages selbst entschieden werden, der durch Mehrheitsbeschluß eine authentische Interpretation des Artikels 24 geben müßte. Wie wir weiter hören, wird Reichstagspräsident Löbe voraussichtlich von neuem Gutachten angesehener Staatsrechtslehrer über diese Frage einholen.

Die letzten Besprechungen.

Der Reichspräsident empfing Dienstag nachmittag die Führer des Christlichen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei, Abgeordnete Simpfendorfer und Graf Westarp, ferner den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, den Vorsitzenden des Deutschen Landvolks, von Haunschild, sowie von der Deutschen Staatspartei die Abgeordneten Weber und Dr. Meyer.

Die Abgeordneten Simpfendorfer und Graf Westarp, die am

Dienstagnachmittag als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei vom Reichspräsidenten empfangen wurden, führten in der Unterredung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sowohl aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen ihr Bedauern über die Wendung zum Ausdruck gebracht haben, die die politische Entwicklung genommen hat. Die Fraktion hält es für notwendig, daß vor allem die Nationalsozialisten mit zur Verantwortung herangezogen werden; eine Zwischenlösung wird nicht für wünschenswert gehalten. Sie legt, von personellen Vorbehalten abgesehen, besonderen Wert auf die Stellung der künftigen Regierung zu den Fragen der Siedlungs- und Sozialpolitik. In der Besprechung dürfte auch, wie es heißt, der entschiedene Widerstand der Fraktion gegen Regierungsmassnahmen jenseitiger Art hervorgehoben worden sein, die in ihrer Entwicklung auf die Unbahnung einer Inflation hinauslaufen würden.

Die Staatspartei teilt mit: Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstagnachmittag als Vertreter der Staatspartei die Fraktionsvorsitzenden Dr. August Weber und Staatssekretär a. D. Oskar Meyer. Dr. Weber brachte zum Ausdruck, daß die Vorgänge, die nicht nur der bedeutendsten außenpolitischen Entscheidung, sondern unmittelbar starker wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten zum außerparlamentarischen Sturz des Kabinetts Brüning geführt haben, weite Kreise mit größter Sorge erfüllen. Diese Sorge erstreckt sich auch darauf, ob es künftig gelingen werde, die Verfassung unbedingt aufrechtzuerhalten. Von dem Herrn Reichspräsidenten als dem berufenen Hüter der Verfassung werde erwartet, daß er diese schweren Gefahren zu unterdrücken entschlossen sei. Der Reichspräsident betonte wiederholt, daß er selbstverständlich wie bisher auf streng verfassungsmäßiger Grundlage sein Amt ausüben werde.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei gab der Erwartung Ausdruck, daß es dem Reichspräsidenten gelingen werde, die Parteien der Rechtsopposition zur Übernahme der Verantwortung auf verfassungsmäßiger Grundlage zu veranlassen.

Landtagseröffnung in München.

Rasijugend belagert das Parlament.

München, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Die auf 11 Uhr festgesetzte Eröffnungssitzung des neuen Bayerischen Landtags, die nur das Präsidium zu wählen hat, sah einen noch nie dagewesenen Publikumsandrang. Seit vormittags 9 Uhr war der Zugang zum Landtagsgebäude von jugendlichen Nazis heidelerlei Geschlechts umlagert, so daß verstärkter Polizeischutz notwendig war. Als eine Stunde vor Sitzungsbeginn die Tribünen geöffnet wurden, konnten die Türhüter dem stürmischen Andrang kaum standhalten. Die Ordnung im Hause, das einem aufgeregten Ameisenhaufen gleich, konnte nur mit Mühe aufrechterhalten werden.

Bei der Wahl des Präsidiums wurde mit 120 Stimmen der Präsident des alten Landtags Dr. Stang von der Bayerischen Volkspartei gewählt. Erster Vizepräsident wurde mit 93 Stimmen der Coburger Ratsbürgermeister Schwede, zweiter Vizepräsident mit 72 Stimmen der Sozialdemokrat Auer. Sozialdemokraten und Nazis hatten bei der Wahl weiße Stimmzettel abgegeben.

Vor der Wahl des Präsidiums ehrte der Landtag die drei Abgeordneten Dr. Held (Bayerische Volkspartei), Auer und Roffhaupter von der sozialdemokratischen Fraktion, die am 31. Mai 25 Jahre lang ununterbrochen der bayerischen Volksvertretung angehören.

Die SA. tarnt sich.

Neuer Name für den alten Geist des Terrors.

Frankfurt a. M., 31. Mai. (Eigenbericht.)

Die ehemalige SA von Frankfurt a. M. soll nach Presse-meldungen als Propagandasturm in die NSDAP eingereiht worden sein. Der selbständige Charakter der SA bleibt gewahrt, indem kein Parteimitglied der NSDAP, das nicht vor dem SA-Verbot bereits Mitglied der SA war, Eintritt zu den Versammlungen der Propagandastürme hat. Die SA besteht nicht nur unter dem Namen „Propagandasturm“ fort, sondern soll jetzt auch wieder regelmäßige Ausmärsche und Übungen abhalten.

Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger verlagert. Seit Rücksicht auf die unerwartete Wendung der politischen Verhältnisse hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger seine ordentliche Hauptversammlung, die in den Tagen vom 10. bis 12. Juni in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, einweisen verlagert.

KPD. „rechtfertigt“ sich.

Vor der bürgerlichen Presse.

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte am Dienstagmorgens die bürgerliche Presse zu einer Besprechung eingeladen, in der Abgeordneter Pies über die Schlägerei im Landtag und über die Absichten der KPD. Lustpunkte erteilte. Das Nachrichtenbüro des Bd. 3. gibt über den Inhalt der Mitteilungen Pies folgenden Bericht:

Gleichlautend mit der kommunistischen Erklärung, die unmittelbar nach der Schlägerei im Landtag herausgegeben wurde, bezeichnete Abgeordneter Pies die Nationalsozialisten als die eigentlichen Urheber des Zusammenstoßes; bei ihnen habe die Absicht des unmittelbaren tätlichen Angriffs vorgelegen. Dabei sei es gleichgültig, ob ein Kommunist oder ein Nationalsozialist den ersten Schlag geführt habe. Seine, Pies, Bemerkung, daß bei den Nationalsozialisten eine ungeheure Zahl von Wörtern läge, könne nicht die Veranlassung zu dem Angriff der Nationalsozialisten auf die kommunistische Fraktion gewesen sein, denn die Nationalsozialisten seien sonst nicht so zartfühlend. Zur Bekräftigung seiner Ansicht verlas Abgeordneter Pies einige Sätze aus einer Nummer des „Börsenbeobachters“, in denen die kommunistische Partei als Partei der Mordmörder bezeichnet wird. Die kommunistische Fraktion habe kein Interesse an Schlägereien im Landtag, sie werde sich aber, wenn sie angegriffen werde, in Zukunft besser zu wehren wissen. In einer polizeilichen Untersuchung der Vorgänge am 25. Mai habe sie, wie bereits im Kesttenrat betont worden sei, kein Interesse, da sie weder zur Polizei noch zu den Gerichten Vertrauen habe.

Zur Frage der

Regierungsbildung in Preußen

erklärte Abgeordneter Pies, daß die Kommunisten jedes geschäftsordnungsmäßige Mittel anwenden würden, um die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verhindern. Bezeichnend für die Haltung des Zentrums sei die Tatsache, daß die Sozialdemokraten, wie sich im Kesttenrat herausgestellt habe, von der Absicht des Zentrums, für Kerl zu stimmen, zunächst nicht unterrichtet gewesen seien. Hinsichtlich etwaiger Anträge auf Auflösung des Landtags betonte Pies, daß die KPD. im Augenblick derartige Anträge ablehnen würde, weil die Nationalsozialisten erst Gelegenheit erhalten müßten, in der Praxis zu erweisen, was an Tatsächlichem hinter ihren Versprechungen stehe. Die KPD. trete für Auflösung des Parlaments dann ein, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen erachte.

Die Kommunisten lehnten im Einflang mit der kommunistischen Internationale den Individualterror ab, also auch die blutigen Zusammenstöße auf den Straßen.

Zu den bevorstehenden praktischen politischen Fragen erklärte er noch, die KPD. werde auch den deutschnationalen Antrag ablehnen, wonach die alte Geschäftsordnung in ihrer Fassung vor der Eröffnung der Wahl des Ministerpräsidenten weiter gelten soll. Die KPD. sei immer gegen diese Geschäftsordnung gewesen.

Zwischendurch beschimpfte Pies die sozialdemokratische Fraktion, weil sie nicht zugunsten der Kommunisten mitgeprägt habe. Ferner erklärte er, daß die KPD. jetzt an die christlichen Gewerkschaften herantreten wolle, um eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu schaffen!

Parlamentstrach in Wien.

Die Großdeutschen retten den Heimwehrminister.

Wien, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat lehnte den Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie gegen die Regierung Dollfuß ab.

Zunächst gab Bundeskanzler Dollfuß eine Erklärung ab, in der er versuchte, die Angriffe der Sozialdemokratie gegen den Heimwehrminister Jatoncig zu entkräften. Dollfuß behauptete, Jatoncig sei österreichischer Staatsbürger, und das Gerichtsverfahren, auf das angepielt werde, sei eine reine Zivilsache. Nach dieser Erklärung meldete sich Dr. Bauer (Soz.) sofort zum Wort. Er stellte unter großer Erregung des Hauses fest, daß der Heimwehrminister in Italien Rechtsanwalt gewesen ist und daher nach dem Kriege unbedingt italienischer Staatsbürger gewesen sein muß. Er behauptete ferner, daß Jatoncig zweifellos widerrechtlich die österreichische Staatsbürgerchaft erworben habe.

Während Bauers Rede sprangen die Heimwehrschützen auf und stürmten auf die Rednertribüne zu, offenbar in der Absicht, Dr. Bauer anzugreifen. Die Sozialdemokraten stürmten ihnen entgegen, und unter tosendem Lärm drohte es zu Tätlichkeiten zu kommen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach ihrer Wiederaufnahme hielt Dr. Bauer seine Behauptungen in vollem Maße aufrecht. Schließlich wurde über den Mißtrauensantrag abgestimmt. Die Großdeutschen, die nicht der Regierung angehören, verließen den Saal, so daß die Regierung eine knappe Mehrheit erringen konnte. Für das Mißtrauensvotum stimmten nur die Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klarstellung der Staatsbürgerchaft des Handelsministers Dr. Jatoncig wurde mit 86 Stimmen der Christlichsozialen, des Landbundes, der Großdeutschen und des Heimatsbundes gegen 69 Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schanghai geräumt.

Die Rüstungsindustrie arbeitet.

Aus Schanghai sind alle japanischen Truppen bis auf 100 Mann für die Fremdenstadt abtransportiert, sei es nach Hause oder in die „selbständige“ Mandschurei, deren lebenslänglicher Präsident Buji übrigens der Sohn jenes Tschun ist, der nach dem Bogeraufstand als „Sühneprinz“ wegen der Ermordung des deutschen Gesandten u. Ketteler nach Berlin geschickt wurde. China hat dem Völkerbund eine neue Denkschrift über die Mandschurei eingereicht.

Eine britische Regierungsauskunft belegt, daß in den Monaten Februar, März und April den Japanern von britischen Firmen 240 Feldgeschütze und Maschinengewehre und sechs Millionen Maschinengewehrpatronen geliefert worden sind, den Chinesen 25 Maschinengewehre, 565 000 Maschinengewehrpatronen und 300 000 Gewehrpatronen.

Auf dem Holland-Diosien-Dampfer „Noertel“ fanden Zollbeamte in Amsterdam unter Tauen verborgen 250 Revolver und 25 000 Patronen. Diese Waffen, von denen der Schiffsleitung nichts bekannt war, soll von einem Waffenhändler in Hamburg stammen, woher das Schiff kam. Ein chinesischer Matrose ist verhaftet worden.

7000 neue Abonnenten hat eine Werberaktion der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ gemessen. Mit 200 000 Arbeitslosen unter 18 Millionen Einwohnern ist Wien genau so von der Krise gezeichnet wie Berlin.

Siedlung.

Ein besonderer Anlaß zum Sturz der Regierung Brüning war ihr Plan, den bankrotten Großgrundbesitz zu besiedeln.



„Na, jetzt werden wir mal hier ansiedeln!“

Finanzalarm im Kapitol.

Zum erstenmal spricht Hoover im Senat.

Washington, 31. Mai.

Während sonst Vorträge des Präsidenten im Parlament von einem Kongreßbeamten vorlesen werden, hat Hoover heute persönlich sein Notprogramm dem Senat vorgetragen, um hierdurch die Bedeutung seiner Vorschläge hervorzuheben und für ihre Annahme zu werben. Er führte aus:

Ich fühle mich verpflichtet, den Senat von der Notlage zu unterrichten, die sich in den letzten Tagen entwickelt hat. Die Abwärtsbewegung im Wirtschaftsleben hat sich besonders in den letzten Tagen beschleunigt. Neben anderen Gründen hat der verzögerte Haushaltsausgleich im Ausland Zweifel und Befürchtungen herangerufen, ob die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen noch erfüllen können. Die Folge davon sind große Goldabzüge gewesen.

Der Dollar ist im Auslande entwertet worden.

Die Vereinigten Staaten haben jedoch genügend Hilfsmittel, um durch die Krise hindurchzukommen.

Hoover verlangte dann vom Senat schnelles Handeln. Er forderte Bildung eines überparteilichen Wirtschaftsausschusses zur Ausarbeitung weiterer Sparmaßnahmen unter gerechter Verteilung der Lasten. Mit der allgemeinen Verkaufssteuer (General Sales Tax) erklärte sich Hoover nicht einverstanden. Er befürwortete hingegen eine begrenzte Verkaufssteuer von 1,75 Proz.

Die Notwendigkeit der Erwerbslosenhilfe, jedoch nur durch die bereits bestehenden Amtsstellen (hauptsächlich durch die Finanzrekonstruktionsgesellschaft) erkannte er an.

Hoover verlas sein Programm mit zitternden Händen. Während seiner Ausführungen war er anscheinend infolge Ueberarbeitung sehr nervös. Er sprach schlecht hörbar. Nachdem er geschlossen hatte, folgte nur kurzer Beifall. Hoover fuhr sofort nach dem Weißen Haus zurück. Seine Rede machte nur geringen Eindruck. Viel Polizei war vor dem Senatsgebäude aufgebaut, da man mit kommunistischen Kundgebungen rechnete.

Hoover-Steuer schon abgelehnt!

Der Finanzausschuß des Senats hat die von Hoover vorgeschlagene begrenzte Verkaufssteuer mit 12 gegen 8 Stimmen bereits eine Viertelstunde nach Hoovers Rede abgelehnt.

Die Vollversammlung hatte vor der Rede Hoovers einen Antrag auf Wiedereinführung der hohen Einkommensteuer für das Jahr 1922 angenommen. Danach beträgt für die ersten 4000 Dollar die Einkommensteuer 4 Proz. Die Höchsteinkommen sind bis zu 55 Proz. belastet. Diese Einkommensteueränderung soll jährlich 225 Millionen Dollar ergeben.

USA. und Lausanne.

Washington, 31. Mai.

Präsident Hoover hat Vizekanzler Mellon angewiesen, dem britischen Plan, baldigst eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, unter der Bedingung zuzustimmen, daß sie sich nicht mit der Kriegsschulden- und Reparationsfrage beschäftigt.

Die Radikalen lehnen ab.

Weitere Koalitionsverhandlungen mit den Sozialisten zwecklos.

Paris, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Der Exekutivauschuß der Radikalen Partei, der dem Landesauschuß der Sozialistischen Partei, also einem kleinen Parteikongreß entspricht, hat heute abend fast einstimmig (nur etwa zehn von mehreren hundert Delegierten stimmten dagegen) eine am Nachmittag vom Vorstand ausgearbeitete Antwort auf das sozialistische Programm angenommen, die auf Grund der Beschlüsse des sozialistischen Kongresses und der ihnen von Leon Blum gegebenen Auslegung jede weitere Verhandlung über eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ausschließt.

Die Antwort spricht sich zwar für eine aufrichtige Zusammenarbeit mit den Sozialisten aus, aber nur für ein den sofortigen Notwendigkeiten Rechnung tragendes Werk, das sich auf die Ausgleichung des Budgets durch alle Formen der Ersparnisse, auf eine den Interessen Frankreichs entsprechende Regelung der Reparationsfrage und auf die Durchführung einer Kräftigung, die nicht die Sicherheit des Landes gefährdet, beschränkt.

Was die verschiedenen Punkte des sozialistischen Programms anbetrifft, werden einige für die nächste Zukunft ziemlich kategorisch abgelehnt, weil sie, wie das Verbot des Waffenhandels und die Einführung der Bierzig-Stunden-Woche, nur auf internationalen Gebiete durchgeführt werden könnten, und andere, wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen und der Versicherungsgesellschaften, ungeheure Summen erfordern würden, die nur durch neue Steuern aufgebracht werden können.

Von anderen, wie z. B. der Organisation des Friedens und der Organisation der allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit, wird erklärt, daß die Radikale Partei dazu nicht erst aufgefordert zu werden brauche, weil sie sich bereits durch Taten dafür eingesetzt habe.

Eine Rede Herriots.

Paris, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Die Kommerzfaktion der Radikalen hat den Vorstand mit Herriot an der Spitze bis auf weiteres wiedergewählt und die endgültige Konstituierung der Fraktion bis nach der Gültigkeitserklärung

der Wahlergebnisse und der Kabinettsbildung verschoben. Am Schluß eines „Siegessessens“ hielt Herriot eine Rede, in der er die Lebenskraft der Radikalen Partei feierte und hinzufügte: „In einem äußerst schwierigen Augenblick werde ich mit allen meinen Kräften, mit aller meiner Erfahrung versuchen, die Sache des Friedens und die Sache Frankreichs zu verteidigen. Aber

ich will meine Politik nicht auf dem Elend irgendeines Volkes aufbauen. Man wird von Frankreich keine egoistischen Handlungen in einer Stunde zu befürchten haben, in der in der ganzen Welt so viele Mißverständnisse bestehen.

Ich werde auch dem Volk dienen, dem ich angehöre. Wir wollen für das Wohl aller arbeiten. Weil ich mein ganzes Leben lang vom Haß verfolgt worden bin, wird der Haß niemals in meinem Herzen zu finden sein.“

Während der Beratung des Vorstandes des Exekutivauschusses überbrachten zwei Sekretärinnen der Sozialistischen Partei einen Brief, in dem das Programm der Sozialisten und die Mitteilung enthalten war, daß eine Delegation zu seiner Vertretung stehe, und mit ihm über das Programm zu verhandeln. Es wurde die Antwort erteilt, daß der Parteivorstand von 6 Uhr ab bereit sei, die Delegation zu empfangen.

Abwehr des Faschismus.

In der Tschechoslowakei und in Finnland.

Die tschechoslowakische Regierung hat den faschistischen Jugendverband aufgelöst. Zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter auch die beiden Brüder Sajda, wovon der eine der dienstlich danonangesagte, degradierte und bestrafte ehemalige Generalstabschef ist.

In Finnland ist die vorläufige Auflösung der Lappa-Bewegung gerichtlich als rechtmäßig anerkannt worden. In der Verhandlung wurde der Mobilisierungsbefehl vom 24. Februar bekanntgegeben, in dem es u. a. hieß: „Die Führung ist der Ansicht, daß Ruhe eintritt und die Entwicklung wiederhergestellt wird, wenn die Regierung abtritt und von einer anderen erbt wird, die das Programm der Lappa-Bewegung durchführt. Alle Männer sollen sich in Landwehr- und Schutzkorpsdistrikten sammeln, mit voller Ausrüstung, kurzen und langen Waffen und vier Tagen Proviant.“

Im Dritten Reich.

Das Beispiel von Coburg.

Zeit 1928 regiert im Rathaus zu Coburg eine nationalsozialistische Mehrheit gegen die Arbeiterpartei. Eine der ersten Taten der Nazi-„Arbeiterpartei“ in Coburg war, daß fünf Arbeiter — Mitglieder des Gesamtverbandes — aus den städtischen Betrieben hinausgeworfen wurden. Man stellte dafür vier Nazis und zwei Stahlhelmer ein. Der Gesamtverband setzte sich zur Wehr, und die Heldentat der Nazis gegen freiorганизиerte Arbeiter kostete die Stadt Coburg 300 Mark und die Kosten der Verhandlungen vor zwei Instanzen.

Die Nazis versuchten trotzdem weiter, die Arbeiter zu terrorisieren. Sie entließen den freigewerkschaftlich organisierten Bademeister Bernreuther, der bei der Stadt nahezu vier Jahre tätig war, wegen — „Arbeitsmangel“. Nach seiner Entlassung wurden aber zwei neue Leute eingestellt, die selbstverständlich das braune Parteibuch in der Tasche hatten. Der Gesamtverband ließ abermals nicht mit sich spaßen. Er erwirkte ein Urteil auf Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigungssumme von 400 Mark. Und wiederum griff der Nazimagistrat in den Säckel und zahlte aus — Steuergeldern die 400 Mark und dazu noch die Kosten der Klage.

Die Witwe des Nazi-Bürgermeisters Schwede kannte keine Grenzen. Er versuchte nun einen anderen Gewerkschafter zu treffen. Der Freigewerkschafter Roth, der von den Arbeitern beim städtischen Bauamt zum Betriebsrat gewählt war, wurde entlassen. Der Grund? Weil er eines Tages zu seinem Frühstück in der Schlachthofantenne ein — Glas Bier getrunken habe. Abermals hatte jedoch der Nazi-Schwede die Rechnung ohne den Gesamtverband gemacht. Der Verband verhalf dem gemahregelten Arbeiter zu seinem Recht. Die Stadt wurde verurteilt, den Lohn nachzuzahlen und den Arbeiter weiter zu beschäftigen. Nun wollte der Nazi-Bürgermeister wenigstens das eine erreichen, daß Roth die Kosten des städtischen Prozesses bezahle; auch wurde Roth um zwei Lohnklassen zurückgesetzt. Von neuem holte sich jedoch der Nazi-Magistrat eine Niederlage. Er wurde gezwungen, Roth nach der alten Lohnklasse weiter zu beschäftigen.

Jetzt holte der Nazimagistrat zu einem großen Schlag aus. Am Pfingstdienstag erhielten von den 74 beim städtischen Bauamt beschäftigten Personen 42 die Kündigung; darunter waren sämtliche dem Gesamtverband angehörenden Betriebsräte. Unter den Entlassenen befinden sich 10 Mann mit über zehn Jahren Dienstzeit, ja Arbeiter mit 18 bis 24 Dienstjahren. Die Arbeit, die bisher von 74 Arbeitern ausgeführt wurde, soll künftig von 32 erledigt werden. Ebenso hat der Nazimagistrat von den 114 Arbeitern der städtischen Verjüngungsabteilung jetzt 17 auf die Straße geworfen.

Anscheinend will er an Stelle der Entlassenen nationalsozialistische Wohlfahrtsberwerbslosen beschäftigen. Das würde der Stadtkasse nebenbei auf Kosten der Entlassenen eine kleine Entlastung bringen und die nationalsozialistischen Arbeitslosen etwas beruhigen, die darüber empört sind, daß die Diäten in Nazi-Coburg allein in diesem Jahr von 3120 auf 5340 Mark erhöht wurden.

Der Gesamtverband wird auch diesem Schlag des Nazi-Magistrats gegen die Arbeiter zu begegnen wissen.

Über Nazi-Coburg sind bei den letzten Wahlkämpfen im Reich die rührseligsten Märchen von den Hitler-Propagandisten verbreitet worden. Wenn man die Hitler-Propaganda hörte, dann mußte man glauben, daß es den Arbeitslosen im nationalsozialistischen Coburg geradezu großartig gehe. Tatsächlich zahlt jedoch Coburg die niedrigste Wohlfahrtsunterstützung von ganz Bayern. Ein Teil der Wohlfahrtsberwerbslosen wird — vornehmlich mit Bauarbeiten — beschäftigt, aber zu einem Stundenlohn, der 17 Pf. unter dem Tariflohn der Maurer liegt. Auch zu diesen Arbeiten werden natürlich in erster Linie Nationalsozialisten herangezogen. Kommunisten erhalten überhaupt keine Arbeit. Frauen werden grundsätzlich nicht beschäftigt, wenn auch zu Hause in der Familie noch so große Not herrscht. Ein neuer Abbau der Wohlfahrtsunterstützungsfähigkeit ist bereits vorbereitet. Während verantwortungsbewußte Gemeinden in ihren Haushaltsplan mindestens die Summe des Vorjahres für Wohl-

fahrtsausgaben einsehen, hat Coburg diesen Posten um fünf Prozent gekürzt, so daß der Magistrat bald zum Abbau der Unterstützungs-fähigkeit „gezwungen“ ist.

Auch die Beamten und der Mittelstand, die sich vielfach einbilden, daß es ihnen unter einem Naziregime besser geht, sollten nach Coburg blicken. Unter dem Naziregime ist dort die Zahl der Gerichtsvollzieher von 2 auf 8 gestiegen. Und die Befoldung der Beamten? Im neuen Haushaltsplan Coburgs sind für Befoldung der Beamten und Angestellten 455 500 Mark eingeplant und gleichzeitig wird darin freudig als Einnahme verbucht: „Gehaltskürzung der städtischen Beamten und Angestellten 230 000 Mark.“ Wenn diese Zahlen ungeheuerlich erscheinen, möge sie im Coburger Haushaltsplan nachlesen!

Coburg muß für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten eine erste Mahnung sein. Coburg zeigt, daß ein Nazi-Regiment nichts anderes bedeutet als Niederknüpfung aller nicht auf Hitler schwörenden Arbeiter durch Hunger. Das ist die neue Freiheit, die Herr Hitler versprochen hat. Coburg zeigt aber auch, daß jeder Arbeiter, der sich nicht zur Nazikreatur erniedrigen lassen, sondern ein freier Mann bleiben will, nur Hilfe bei der Gewerkschaft findet.

Um die Löhne der Bauarbeiter.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium.

Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe sind so gut wie abgeschlossen. Der Lohnabbau ist in den einzelnen Lohngebieten durch vielfach brutale Schiedsprüche festgelegt worden. Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, bei denen es sich für die Gewerkschaften um die Verteidigung der nackten Existenz der Bauarbeiter handelte, mußte über Einzelinteressen hinweg das Ganze fest im Auge behalten werden. Eine der bedenklichsten Bestimmungen in den Lohnschiedsprüchen ist, daß die Dauer der Lohnfestsetzung fast überall willkürlich bestimmt wurde. Dabei schreibt der allgemeinerbindliche Reichstarifvertrag ganz klar vor, daß neue Löhne auf die Dauer eines Jahres — im vorliegenden Fall also bis Frühjahr 1933 — Geltung haben müssen. Die Bauarbeiter erwarten, wie der „Grundstein“, das Organ des Baugewerksbundes, betont, ganz bestimmt, daß in dieser Richtung dem Recht und nicht zuletzt auch den wirtschaftlichen-Notwendigkeiten Rechnung getragen wird. Als selbstverständlich nehme man auch an, daß die festzusetzenden Löhne für alle Geltung haben müssen. Die Allgemeinerbindliche Erklärung dieser Löhne sei eine unumgängliche Notwendigkeit; denn das Elend der Bauarbeiter habe ja gerade darin bestanden, daß alle seit dem Frühjahr 1931 festgesetzten Löhne nie für allgemein verbindlich erklärt wurden.

Überall wurden die Kosten aus der katastrophalen Geschäftslage des Baugewerbes auf die Arbeiter abgewälzt. Das Bauen dürfte sich jetzt billiger stellen als vor dem Krieg. Trotzdem sieht es gar nicht danach aus, als ob in absehbarer Zeit eine Ankurbelung des Baugewerbes einsehen wird.

Zum Klempnerstreik.

Was wollen die Unternehmer zahlen?

Der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikanten von Badeapparaten, Herr Conrad, beschwert sich in einer Zuschrift an uns darüber, daß wir über den Streik der Badeapparateklempner die „irreführende“ Notiz gebracht hätten. Den Klempnern sei ein Stundenlohn von 93 Pf., also ein Lohnabbau von 42 Pf., pro Stunde angeboten worden. „Von diesem Satz sollten die Verhandlungen ausgehen.“

Am 21. Mai hätte er als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes dem Metallarbeiterverband und der Branchensammlung der Badeapparateklempner das Angebot gemacht, für die laufende Lohnwoche den bisherigen Lohn von 1,35 M. und von der nächsten Lohnwoche an bis zur endgültigen Regelung pro Stunde 1,15 M. Lohn zu zahlen. Trotz dieses Angebots hätten die bösen Klempner-gesellen die Arbeit in allen Betrieben außer in seinem Betrieb eingestellt. Am 26. Mai hätten dann auch seine Arbeiter Feierabend gemacht, weil ihnen der Metallarbeiterverband die „Ausstoßung aus dem Verband“ angedroht hatte.

Herr Conrad erinnert sich offenbar der Vorgänge kurz vor dem

Streik nicht mehr genau. In der Verhandlung mit der Klempner- und Installateurinnung, die von den Badeapparatefabrikanten mit der Führung ihrer Lohnverhandlungen beauftragt worden war, wurde von einem Innungsvertreter ein Mindestlohn von 93 Pf. angeboten. Herr Conrad hat in dieser Verhandlung dem Angebot weder widersprochen noch ein höheres Angebot gemacht. Erst als diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und die Badeapparateklempner, auch die in seinem Betrieb beschäftigten, in den Streik getreten waren, erfolgte das von Herrn Conrad in seiner Zuschrift angeführte Angebot an den Betriebsrat seines Betriebes. Der Betriebsrat unterbreitete dieses Angebot der am gleichen Tage zusammengetretenen Streikerversammlung als für alle Badeapparatefabriken gemachten Vermittlungsvorschlag, den die Versammlung aber ablehnte, weil die Forderungen der Streikenden weitergehen. Nachdem die Arbeiter der Firma Conrad u. Grübler, die zu den Bedingungen des Herrn Conrad die Arbeit aufgenommen hatten, auf die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes der Branche aufmerksam gemacht worden waren, legten sie am 26. Mai die Arbeit wieder nieder. Wenn aber die Unternehmer jetzt bereit sind, 1,15 M. zu zahlen, so wird, weitere Zugeständnisse vorausgesetzt, sich eine Einigung erzielen lassen.

Wie wir erfahren, hat der Schlichtungsausschuß die Parteien zur Beilegung des Streiks der Badeapparateklempner sowie der Bauklempner und der Gas- und Wasserrohrleger in den Innungsbetrieben zu Donnerstagvormittag zu Verhandlungen geladen.

Bauschlossler weiter erfolgreich.

Der Schlichter will vermitteln.

Im Streik der Bau- und Gebäudeschlossler hat sich die Streiklage für die Streikenden weiter insofern gehessert, als wieder eine Anzahl von Firmeninhabern die Weiterzahlung der alten Löhne bis zum 1. Oktober schriftlich zugesichert hat. Der Streik richtet sich nur noch gegen einige Starrköpfe, die offenbar in der von den meisten Schlosslermeistern verlassenen Lohnabbaufront den Heldentod sterben wollen.

Der Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat die bisherigen Kontrahenten des Lohnarbeitsvertrags für die Berliner Bau- und Gebäudeschlossler zu heute, Mittwoch, geladen, um zu versuchen, den Bauschlosslerstreik durch eine Verständigung beizulegen. Es liegt von keiner Seite ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Lohnabbau-schiedspruches des Schlichtungsausschusses vor, denn beide Parteien haben den Spruch, natürlich aus entgegengesetzten Gründen, abgelehnt.

Der Konflikt im Ruhrbergbau.

Stellungnahme der Unternehmer und der Arbeiter.

Essen, 31. Mai.

Der Zechenverband hat den am gestrigen Montag gefällten Lohnschiedspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt, den Schiedspruch über den Manteltarif dagegen angenommen. Der Bergbauindustriearbeiterverband hat am Dienstag in einer Konferenz beschlossen, den Schiedspruch über den Lohnarbeitsvertrag im Ruhrbergbau anzunehmen und seine Verbindlichkeitsklärung zu beantragen, dagegen den Schiedspruch über den Manteltarif abzulehnen.

Verstaatlichung der belgischen Kohlenbergwerke fordert der nationale Bergarbeiterkongress in Brüssel, der im übrigen sich mit einer Lohnkürzung um 5 Proz. abgefunden hat.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Beate, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhäuser** Verfall: Jugendheim der Schule Kottbusstraße 81. **Vertragslohn**: — **Neuboth**: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — **Reinholdsdorf**: Jugendheim Lindauer Str. 2 (Barade). Wir lernen neue Lieder unter Leitung von Schäfer. — **Stralau**: Jugendheim Guckertstr. 61. **Tagespolitische Rundschau**. — **Adenau**: Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gartenhof am Bahnhof Adenau). **Vertrag**: „Die Frau in der Familie“. Referent: Böning. — **Reinholdsdorf**: Jugendheim Schmilke Str. 1-4. **Vertrag**: „Die Deutsche Reichswehr und ihre Geschichte“. Referent: Dr. Reinhold. — **Güßow**: Jugendheim Wannenstraße 7. **Warum wir wandern**. — **Schöneberg**: Jugendheim Quartier 15 (Holgebäude, Schlegelstr.). Die Jugend in der Literatur. Referent: — **Charlottenburg**: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — **Spandau**: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — **Pankow-Rieschdörfchen**: Wir besuchen die Versammlung des Werbezentrums. — **Potsdam-Romanow**: Tagespolitische Rundschau. Referent: Weisbach. — **Die Verfassungsgesellschaft**: **Satzung** R. G. tagt heute von 10-12 Uhr im Verbandsbau, Zimmer 24. — **Spiele im Freien** heute ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldtthain und Sportplatz Weihensee, Feld 5.

Verantwortlich für Politik: **Elter Schill**; Wirtschaft: **G. Klingenhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Dr. John Schillemann**; Verles und Sonstiges: **Feig Karstadt**; Anzeigen: **Th. Glöck**; sämtlich in Berlin. Verlag: **Vorwärts-Verlag** G. m. b. H., Berlin. Druck: **Vorwärts-Verlagsdruckerei** und **Verlagsanstalt** Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Hierzu 2 Beilagen.

100

Pfennig für eine Mark!

Wenn Sie einen Reifen kaufen, denken Sie daran, daß für Fahrrad, Kraftrad und Kraftwagen die Fabrikate der »CONTINENTAL« Qualität bedeuten.

Vergessen Sie nicht, daß es nur durch Qualitäts-Erzeugung möglich war, daß die Continental-Fabrikate Erfolge

wie die Siege v. Brauchitsch's auf der Avus und Caracciola's auf dem Nürburgring

— beide ohne Reifenwechsel — aufweisen konnten.

Continental

REIFEN

immer und überall bewährt

Wenn Sie Continental-Fabrikate kaufen, erhalten Sie hundert Pfennig für eine Mark, also die größte Leistung, die man dem Käufer überhaupt bieten kann.



Hitlermob provoziert!

Bestellte Demonstrationen. — Polizeibeamte maßlos beschimpft.

Beim Aufziehen der Marinewache, deren Weg vom Reichspräsidentenpalais zum Reichswehrministerium geht, kam es gestern, wie bereits im größten Teil der Abendausgabe berichtet, zu schweren Ausschreitungen rechtsradikaler Elemente. Unweit der Bendlerstraße geriet das Begleitkommando der Schupo derart in Bedrängnis, daß der Offizier den Befehl zum Gebrauch der Schußwaffe geben mußte. Dabei wurden drei Demonstranten leicht verletzt. Bei dem Handgemenge erlitten auch drei Polizeibeamte durch Steinwürfe und Schläge erhebliche Verletzungen. Wie wir aus dem Polizeipräsidium erfahren, sind alle Verletzungen getroffen worden, um bei dem heutigen Aufmarsch der Marinewache ähnliche Zwischenfälle zu verhindern. Die Polizei wird rücksichtslos gegen alle radikalen Elemente vorgehen. Außerdem soll das Begleitkommando der Schutzpolizei entsprechend verstärkt werden.

Soweit sich die Vorfälle überblicken lassen, handelt es sich um bestellte Arbeit. Die Demonstrationen sind planmäßig inszeniert worden, denn schon von 11 Uhr vormittags ab konnte man zahlreiche Trupps von SA-Leuten beobachten, die von allen Seiten in Gruppen von 4 bis 12 Mann der Innenstadt zustrebten. Es besteht kein Zweifel, daß ähnlich wie bei den Standalöfen Vorgängen am Kurfürstendamm die gestrigen Zwischenfälle systematisch vorbereitet und geleitet worden sind. Der Aufmarsch der Matrosenwache bot den Hitler-Buben die beste Gelegenheit, sich innerhalb der Bannmeile wieder einmal richtig „auszutoben“. Für die Polizei war es natürlich schwer, bei der mehrtausendköpfigen Menge, die den Matrosenaufzug begleitete, von vornherein die radikalsten Elemente zu erkennen. Der erste größere Zwischenfall wurde ausgerechnet vor dem preußischen Ministerium des Innern, Unter den Linden, provoziert. Ein Auto hielt, etwa 1500 Menschen, sämtlich Hitler-Anhänger, hielten sich wie auf ein Kommando zusammen

plötzlich hörte man Goebbels reden.

Seine Worte gingen größtenteils im Tumult und im hysterischen Geschrei seiner Anhänger unter. Wie berichtet wird, soll sich Goebbels in schweren Beschimpfungen gegen die Polizei ergangen haben. Die Ansammlung konnte unter Anwendung des Gummiknüppels verhältnismäßig schnell zerstreut werden. Warum, so muß man fragen, hat die Polizei Goebbels nicht sofort in Haft genommen und abgeführt? Eine seltsame Nachricht verbreitete die Telegrammen-Union des Herrn Hugenberg. TL. behauptete, Herr Goebbels wäre gar nicht in Berlin; er befinde sich in Medlenburg.

könne also auch nicht vor dem Gebäude des Ministeriums gesprochen haben. Daß Herr Goebbels von seinem Auto aus eine Schmäherei gegen die Polizei gehalten hat, ist jedoch inzwischen einwandfrei ermittelt worden.

Auf dem Wege zum Reichswehrministerium kam es dann an der Bendlerstraße zu dem

blutigen Zwischenfall, der ebenfalls von den Nationalsozialisten provoziert

worden ist. Die polizeilichen Begleitmannschaften haben trotz der „Heil“- und „Deutschland-ermache-Rufe“ und trotz immer wiederkehrender Beschimpfungen wie „Bluthunde“ bis zum letzten eine bewundernswürdige Zurückhaltung bewahrt. Als dann aber die Rechtsradikalen mit Pflastersteinen ein Bombardement auf die Beamten eröffneten und mehrere Polizisten abgedrängt wurden, sah der Führer des polizeilichen Kommandos keinen anderen Ausweg, als den Befehl zum Feuern zu geben. Ein verletztes Mädchen wurde mit einem Rädertreiffuß ins Reichswehrministerium gebracht; später wurde bekannt, daß noch zwei weitere Demonstranten leichte Verletzungen erlitten hatten. Als Polizeiverstärkungen eingeleitet wurden, zogen es die Hitler-Burschen vor, den Rückzug anzutreten. Beim Rückmarsch der Marinewache nach der Roabier-Bache verlor ein Radikalist abermals Tumulte zu entfachen, die Polizei brachte aber die Burschen sehr schnell zur Reize. Insgesamt wurden 22 Nazis festgenommen und der polizeilichen Polizei übergeben. Es handelt sich meist um Rädelsführer, die voraussichtlich schon heute vom Schnellrichter abgeurteilt werden.

Die Maßnahmen der Polizei.

Bereits gestern nachmittag, nachdem die Tumulte ihr Ende gefunden hatten, wurden die Polizeistreifen innerhalb der Bannmeile erheblich verstärkt. Diese vorzügliche Maßnahme erwies sich als durchaus begründet, denn allenthalben bildeten sich kleinere Gruppen Radikaler, die beim Herannahen der Polizei aber schnell das Feld räumten. In der Straße Unter den Linden wurden berittene Schupoabteilungen eingesetzt und von der Mittelpromenade aus wurde der Straßenverkehr scharf überwacht.

Heute werden gleichfalls Unter den Linden, am Brandenburger Tor, Potsdamer Platz usw. starke Schuporeserven bereitgehalten, um jeden Zwischenfall im Keime zu erlösen.

befindet. Man hat damit gleich eine ungefähre Vorstellung von der Dicke der Tragflächen, wenn in ihnen Männer entlangtrieben können. Von diesen Tragflächen gehen dann Luken zu den zwölf Motoren, die sich hoch oben auf Deck befinden. Der zweite Stock birgt die Maschinenräume. Ganz vorn ist der Führerraum mit zwei Führersitzen, die den Flugzeugführern die denkbar beste Sicht geben. Aber schon vom Gashebel bis zu den Apparaten zum Blindfliegen ist die Ansicht der Instrumente sinnverwirrend. Hinter dem Führerraum liegt der Navigationsraum, der

Gaalschlacht im Osten Berlins.

600 Nazis überfallen 300 Kommunisten. — Zahlreiche Verletzte.

Die Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsradikalen nehmen in den letzten Tagen immer heftigere Formen an. Gestern Abend kam es im Osten Berlins, in den „Andreas-Testfälen“ in der Andreasstraße 21, zu einer wüsten Gaalschlacht zwischen Kommunisten und Hakenkreuzlern. Annähernd 1000 Menschen schlugen aufeinander ein. Im Saal blieb kein Stuhl ganz, alles wurde zertrümmert, zerbrochen und zertrümmert. Ueber ein Duzend Verletzte blieben auf dem Schlachtfeld dieses Kampfes.

Die Kommunisten hatten für gestern Abend nach den „Andreas-Testfälen“ eine Kundgebung einberufen, die von der Polizei genehmigt worden war. Gegen 18 Uhr hatten etwa 300 Kommunisten und die doppelte Zahl Nationalsozialisten den Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Zur Eröffnung der Versammlung kam es jedoch gar nicht erst, denn in wenigen Minuten spielte sich das ab, was die „Führer“ der Nazis im Preussischen Landtag schon einmal als „leuchtendes Beispiel“ zum besten gegeben haben.

Auf ein Kommando erhoben sich die 600 Hakenkreuzler, zerbrachen Stühle und Tische, bewaffneten sich mit den Holzstücken sowie Biergläsern, und es ging eine Schlägerei los, die alles bereits dagewesene noch in den Schatten stellt.

Minutenlang tobte der Kampf, alles wurde kurz und klein geschlagen, sämtliche Fenster- und Spiegelgehäuse zertrümmert. Die Nazis gaben nicht eher Aufh, als bis sie den letzten Kommunisten zum Saal hinausgeprügelt hatten. Die Kommunisten, die sich in erheblicher Minderheit befanden, mußten das Feld räumen, und erst in den umliegenden Straßen sammelten sie sich wieder, wo sich neue Handgemenge abspielten. Zwei Schwere- und vier Leichtverletzte wurden von der Polizei ins Krankenhaus bzw. zur Rettungsstelle gebracht. Eine große Zahl von Verletzten, die Kopfwunden erlitten hatten, wurden von Parteifreunden in Sicherheit gebracht. Etwa 20 Rädelsführer wurden festgenommen.

Der Heberall war von den Nationalsozialisten offensichtlich planmäßig vorbereitet. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Raufbolde war aus anderen Bezirken herbeigekommen.

Auf Wiedersehen an Bord!

Wallfahrt nach dem Ozeanflugschiff auf dem Müggelsee.

Es war verständlich, wenn mit der Freigabe der Do X zur allgemeinen Besichtigung auf dem Müggelsee so lange gezögert wurde. Daß ein so wertvolles technisches Präzisionswerk wie Do X von dem vielen Herumläufem nicht besser wird, ist klar; aber schließlich lassen sich ja die Teppiche, die im Erdgeschloß der Do X liegen, wieder auskopfen. Die nunmehr freigegebene Besichtigung wird das stille Friedrichshagen sicher zu einem Wallfahrtsort machen. Denn selbst in den Tagen, an denen Do X nur von außen zu sehen war, da konnte es in Strömen gleiten, aber am Ufer standen trotzdem unentwegt die Menschen und selbst ganze Schulklassen und es schien, als zählten sie die Wellen, die an die Schwimmer der Do X klatschten.

Eigentlich stimmt das nicht ganz, daß die Teppiche im Erdgeschloß der Do X liegen. Das Erdgeschloß sind mehr die Schwimmer und die Kellerräume, wo der Betriebsstoff lagert. Die Teppiche liegen bereits im ersten Stock. Da stehen in den Abteilen für die Passagiere auch Sessel, kleine Tische, auf denen ge-

deckt und serviert wird, und zu den Fenstern wagt man gar nicht mehr Billaugen zu legen. Die Wände sind sogar tapeziert, falls sie nicht mit Mahagoni ausgelegt sind. Dann kann jeder Fluggast im ersten Stock spazieren gehen wie er will. Man muß sich erinnern — um überhaupt eine Vorstellung von der Größe der Innenräume zu bekommen —, daß Do X bei einem Passagierflug über New York nicht weniger als 102 Passagiere mit hatte; dazu noch die 14 Mann Besatzung. Im ersten Stock sind auch die beiden W.C.s, dann ist die Küche da, allerdings weniger zum Kartoffelpufferbacken als zum Aufkochen von Konserven, eben mehr für die Zubereitung schnell hergerichteter Speisen. Hinter der Küche folgt, ganz am Schwanzende, der Gepäckpostraum. Born ist noch eine kleine Bar mit eingebauten Schränken, Kühlraum und Abpültsch und daneben ein feuerfester verschlossener Kassaflor.

Zwischen dem ersten und zweiten Stock befindet sich aber noch der Zwischenstock. Das ist der Kriechstand. Der ist so lang wie die Tragflächen, weil er sich ja im Innern der Tragflächen

ungefähr wie auf einem Dyeandampfer eingerichtet ist. Dann kommt alles andere: der Funtraum, der es ermöglicht, daß die Do X auf ihren Reisen ständig Verbindung mit der Dornier-Werft in Friedrichshagen hat; die Weichmehzentrale, Sachleute könnten hier schwelgen in technischen Details; die Kraftanlage, die Betriebsstoffanlage usw. usw. Normalerweise nimmt Do X 16000 Liter Betriebsstoff mit plus 1600 Liter Öl. Die Beladung schließt auf ausblasbaren Gummimatratzen und in ihren Schlaffäden. Treppen hat Do X allerdings nicht, wer von einem Deck zum anderen will, muß über die Leiter klettern.

Dann die Beladung: „Dooh“ meint der eine, „wir waren gerade über dem Atlantik und wollten frühstücken. Die Tische waren uns zu klein, da haben wir schnell eine Kabinentür ausgehakt und sie über zwei Benzinfässer gelegt, da hatten wir einen großen Tisch.“ So sind die Männer. Den Käpten macht Herr Christianien: „Minners, nu werd dat nisch mit Fahren; ein Saumedder is dat heute!“ Aber besichtigt kann das Flugboot jetzt werden und Christianien ruft: „Auf Wiedersehen an Bord!“ Dann wüch er sich den Regen von der Backe. Man muß das nämlich mit den modernen Wasserflugzeugen richtig verstehen. Die fühlen sich viel



82/102



mehr zum Wasser hingezogen als zur Luft. Der Dornier-Superwolf, der die Strecke Stettin-Stockholm fliegt, fährt vielleicht einen einzigen Meter über den Wellen der Ostsee nach Schweden hinüber. Ebenfalls ist es bei Do X, selten, daß das Flugboot über dem Atlantik mal 5 Meter hoch war, meist nur drei. Die Wasserflugzeuge wollen gar nicht 1000 Meter hoch in der Luft herumfliegen.

Denn, so meinte am Montag Dr. Dornier, die mit Landflugzeugen ausgeführten Transoceanflüge waren doch mehr oder weniger Brandurkunde. Landflugzeuge haben nun einmal nicht den genügenden Aktionsradius. Wenn überhaupt ein regelmäßiger Transoceanverkehr eingerichtet wird, dann nur mit Seeflugzeugen. Die Befahrung der Do X war heilighalber, als sie auf der Sturmfahrt nach Vigo nach Chalkot in einem See- und nicht in einem Landflugzeug lag. Die Amerikafahrt der Do X will Dr. Dornier nur als eine Erprobung gewertet wissen; für den regelmäßigen Passagier- und Frachtverkehr müßte Do X noch bedeutend verbessert werden. In diesen Verbesserungen wird jetzt gearbeitet. Die Motoren sollen heißen, den Aktionsradius zu vergrößern und dann genügt die Geschwindigkeit nicht, obwohl sie in der Spitze bereits 300 Stundenkilometer beträgt. Im Sturm über dem Atlantik sank sie aber bis auf 120 Kilometer. Im übrigen wird sich die Wirtschaftlichkeit um so leichter lösen lassen, je mehr man Passagiere und Fracht mitnehmen kann. Und Do X kann notfalls bis zur zehnfachen Zahl ihrer Befahrung Fluggäste mitnehmen. Das vermag kein Landflugzeug.

Explosionsunglück in Frankreich

Fünf Arbeiter und ein Lehrling getötet.

Paris, 31. Mai. (Eigenbericht.)

In Gardanne bei Marseille hat sich am Dienstag vormittag in einer chemischen Fabrik ein schweres Explosionsunglück ereignet. Ein mit chemischen Stoffen gefüllter Behälter explodierte aus noch unbekanntem Grund. Der 4000 Kilogramm schwere Deckel wurde etwa 500 Meter weit fortgeschleudert. Sechs Arbeiter, darunter ein 15jähriger Lehrling, wurden getötet, sieben wurden verletzt, darunter einer schwer.

Sprung vom Autobus ins Auto.

Eine aufregende Jagd nach einem Schwindler spielte sich in den geistigen Nachmittagsstunden im Westen Berlins an der Gedächtniskirche ab.

Ein Kriminalkommissar warter sah einen bestreiftlich gekleideten Betrüger, den 35 Jahre alten Kaufmann Ermin Kohn, und wollte ihn festnehmen. Der Mann eilte aber auf ein hellblaues Auto zu und sagte damit in Richtung Joachimsthaler Straße davon. Der junge Beamte gab die Verfolgung auf und nahm von der Ecke der Tauentzienstraße den Autobus 1, um zum Besichtigungsfahrer zu fahren. Er stand hinten auf dem Perron. Plötzlich sah er, wie der Gesuchte in dem hellblauen Auto die Tauentzienstraße heraufkam und in Höhe des Wittenbergplatzes den Autobus passierte. Am nächsten Moment sprang der Beamte mit einem mächtigen Kühnen Satz in das fahrende Auto, setzte sich neben den völlig überraschten Führer und forderte ihn auf, sofort in die Sageuther Straße einzubiegen und zum Revier 127 zu fahren. Der Mann war so fassungslos, daß er es tat; er wurde von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges gesucht.

Zwei tüchtige Schupos!

Der Berliner Polizeipräsident hat wieder zwei Berliner Polizeibeamten für ihr mutiges und unerhöchtes Verhalten im Dienst seine Anerkennung ausgesprochen. Oberwachmeister Kleckling vom 66. Polizeirevier löste im Januar an der Pappelallee einen rassistischen Demonstrationzug auf und verhinderte weitere Ausschreitungen. Hauptwachmeister Kiemer vom 26. Polizeirevier gelang es, am 22. März unter eigener Lebensgefahr ein durchgehendes Bierbegleitspann aufzuhalten. Der Beamte erlitt bei seiner mutigen Tat, durch die zweifellos viel Unheil verhütet worden ist, glücklicherweise nur unerhebliche Verletzungen.

Nachwanderung durch die ungelassenen Winkel Mit-Berlins. Die nächste Wanderung veranstaltet das Besichtigungsamt Schöneberg am Mittwoch, dem 1. Juni, unter Leitung des bekannten Schriftstellers Georg Bomberger. Treffpunkt 20 Uhr im Eichenhaus, Bohlstr. 16, Ecke Ruhlenbaum. Einpaßgebühren 1 M.



Oskar Wöhrlé **San Sus.**
Der letzte Tag

Die Unerschämtheit dieses letzten Tages geht an den Böhmen vorbei. Sie hören nur Sigmunds glänzend berechnetes „Wollt ihr?“, das aussieht, als ob es die Entscheidung in ihre Hand legte, während in Wirklichkeit der König damit nur den letzten Rest von Verantwortung von sich abschiebt. Natürlich wollen sie. Es braucht da nicht erst eine lange Freilegung. Die Gesichter aller drei sprechen unverhohlene Zustimmung aus.

Der König steht auf, für die Herren das Zeichen, sich ebenfalls von den Stühlen zu heben.

„Oh bitte euch, draußen einen Augenblick zu säumen, meine Kanzlei wird euch auf der Stelle einen Passierschein behandeln!“

Die böhmischen Herren empfehlen sich. Zizka als letzter. Diesmal vergißt er das vorgeschriebene Zeremoniell nicht. Sigmunds Lippen kräuseln sich unmerklich, als der schwarzgepanzerte Rüden zum Abschied sich tief vor ihm beugt.

Doch als der Böhme aufschaut, ist die Welle des Spottes verfliegen; das Anlitz des Königs, der den Gruß erwidert, strahlt eitel Gnade.

„Ob wir dem Luxemburger im Grund unserer Herzen doch nicht unrecht getan haben?“ fragt draußen, auf der Diele, Zizka die andern.

Kepta hebt zweifelnd die Schultern.

Wenzel von Duba, der Kloß, hemmt verlegen ein Aug ein; das kann so gut Zustimmung bedeuten, als auch das heftigste Nein. Eine Welle bleiben die Herren nachdenklich und stumm. Da fällt es Herrn Kepta ein, nach Karel zu rufen.

Statt seiner kommt der Beschließer gelaufen. Dienstfertig flüstert er, die Hand zur Absicherung an den Mund haltend:

„Den gelbwamigen Knappen hat eine Dame mit in ihre Sänfte genommen.“

„Eine Dame?“ wundert sich Kepta.

Das alte System in Waldhof.

Die Mißhandlungen der Fürsorgezöglinge. — Nazis klatschen Beifall.

Der erste Verhandlungstag im Prozeß der Prügelanstalt Waldhof bei Templin mißfiel sich unter bezeichnenden Umständen ab. Der Zuhörerraum war fast durchweg mit Leuten gefüllt, die aus ihrer Sympathie für die Angeklagten und deren Erziehungsleiter kein Hehl machten und die scharfen Vorhaltungen des Rechtsanwalts Dr. Sömenthal mit derart lauten Kundgebungen begleiteten, daß der Vorsitzende Landgerichtsrat Achilles sich gezwungen sah, die Räumung des Zuhörerraumes anzudrohen.

Was das für Herrschaften waren, davon konnte man sich überzeugen, als sie auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes Berliner Berichterstatter in der unerschämtesten Weise anempfielen: Es waren Nazis. Sie empfanden den Hauptangeklagten Franke, der sich als konsequenter und brutaler Vertreter der „Weltanschauung“ vorstellte, die eine Erziehung ohne Prügel sich nicht denken kann, als ihren Mann. Ich bin im alten Sinne erzogen, erklärte er. Ich weiß, daß es gut tut. Die moderne Erziehung erkenne ich nicht an. Das sind Westanschauungsfragen. Wie aber dieser Erzieher der Inneren Mission es trieb, und wie es überhaupt im Waldhof getrieben wurde, das trat am schärfsten in dem Fall eines intelligenten jungen Menschen namens Mierendorf zutage. Mierendorf hatte sich tatsächlich eine sehr uneheliche Handlung zuschulden kommen lassen: 30 M., die die schulpflichtigen Zöglinge zu Ausflügen erspart hatten, waren von ihm gestohlen und verjubelt worden. Er wurde in den sogenannten Bestimmungsräum gebracht und hier, nachdem er Hemd und Hose abgelegt hatte, von Franke mit dem Riemen in Behandlung genommen. Was hatten die Schläge für Folgen? fragt der Vorsitzende. Darum habe ich mich nicht gekümmert, erwidert Franke.

Die Sache ist hinterher dem Direktor Pfarrer Grüber gemeldet worden, der den Mierendorf, nachdem er bereits den Körper voll Strizmen hatte, einige Faustschläge verabfolgte.

Über ihn neun Tage Arrest verhängte und außerdem gegen den Jungen Strafanzeige erstattete. Mierendorf ist wegen der Sache auch unter Zustimmung einer Bewährungsfrist zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die erste Exekution an Mierendorf hatte aber bereits der Hausvater vorgenommen: Er hat an seinem Kopf einen Teller zerklüftet. Es war in Waldhof ja, daß die Erzieher sich für berechtigt hielten, sich an jedem Jungen zu vergreifen, einerlei, ob er zu seiner „Familie“ gehörte oder nicht. Die wiederholten Fragen des Rechtsanwalts, ob dem Direktor Grüber nicht alle diese Dinge bekannt gewesen seien, werden vom Angeklagten Franke aus-

weichend beantwortet. Rechtsanwalt Dr. Sömenthal stellt aber fest, daß der Generallandsanwalt der Staatsanwaltschaft in diesem Prozeß angewiesen habe, wenn möglich, aus der Verhandlung neues Material gegen den Direktor Grüber zu schöpfen. Landgerichtsdirektor Achilles erklärt dazu, daß dieser Prozeß nicht dazu da sei.

Als ganz besonders gemein stellt sich der Fall des Körperlich und geistig schwachen Boto Schreöder dar.

Der Angeklagte Franke hat ihm einige „Klappe“ verahren — eigentlich ohne genügenden Grund —, und zwar mit einem — Holzstiel; ob auf den Rücken oder auf das Gesicht, kann er mit Bestimmtheit nicht mehr sagen. Er sieht voraus, daß das Gericht gerade diesen Fall ihm sehr schlimm ankreiden wird, und er meint deshalb wohlweislich: Der Junge wird auf Sie einen sehr traurigen Eindruck machen, und Sie werden nicht verstehen, wie ich ihm die Klappe habe geben können.

Auch im Falle Lehmann „bedauert“ der Angeklagte, diesen Jungen, als er bereits im Bett lag, mit einem Schuh bearbeitet zu haben. Wenn man Franke Glauben schenken wollte, hat es ihn sehr oft gekümmert, die Jungen schlagen zu müssen. Dann muß er aber zugeben, daß er auch den Jögling N. mit Ohrfeigen traktiert und ganz gehörig geschüttelt hat, weil er eben in Wut geraten war. Mit den Füßen will er ihn nicht treten, und will ihm auch keine Faustschläge verriest haben. Für eine Reihe von Vorfällen hat der Angeklagte ein schlechtes Gedächtnis. So ist es aus seiner Erinnerung z. B. wie ausgelöscht, daß er an dem Jögling R. als er sich unter einer Brause befand, eine Patte einzumal geschlagen haben soll. Bestreiten kann er es nicht, insbesondere, da einwandfreie Zeugen es gesehen haben wollen.

Die übrigen Angeklagten sind im Vergleich mit Franke Baiselkinder. Sie hatten entweder gar keine pädagogische Vorbildung oder nur ganz geringe. Franke, der ein Jahr die Erzieherschule in Strausberg besucht hatte, kam als „Leiter der Erzieher“ nach Waldhof. Wenn nur die Erzieher unter seiner Leitung gleichfalls prügeln, und sich selbst ein so sympathischer aus der Jugendbewegung kommender junger Mensch wie der Angeklagte Wenda dem zersetzenden Einfluß des Prügelsystems nicht widerstehen konnte, so war das weiter nicht verwunderlich.

Der Vorsitzende Achilles zeigt vorläufig, wie es manchmal scheinen sollte, sehr viel Verständnis für die eigenartige Psychologie der Angeklagten. Der Schein mag hier trügen. Diese Erzieher dürften ihrer wirklich verdienten Strafe für ihre Missetat im Betragen der Jungen heute nicht entgehen. Die heutige Verhandlung findet im Gebäude des Schöffengerichts in Templin statt.

Flugzeugabsturz in Staaken.

Pilot schwer und Begleiter leicht verletzt.

Auf dem Flugplatz in Staaken ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Flugzeugabsturz. Der Pilot, der 45jährige Fluglehrer Kurt Goffen aus der Benthiner Str. 15, wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Spandauer Krankenhaus gebracht. Sein Begleiter, ein 27 Jahre alter Flugschüler Kurt Friede, Ahornweg 5, kam mit leichten Verletzungen davon. Goffen und sein Flugschüler waren kurz nach 17 Uhr mit einem Apparat D 1569 der „Luftfahrt Staaten“ zu einem Schulflug gestartet. Als sich der Apparat in etwa 100 Meter Höhe befand, setzte der Motor plötzlich aus. Das Flugzeug wurde von einer Böe erfasst und stellte sich steil. Mit unheimlicher Geschwindigkeit raste die Maschine in die Tiefe und zerschellte beim Anprall auf dem Erdboden. Fluglehrer Goffen wurde mit schweren inneren Verletzungen und zahlreichen Knochenbrüchen aus dem Trümmerhaufen geborgen. Auch sein Begleiter schien schwere Verletzungen erlitten zu haben. Wie sich später im Krankenhaus jedoch herausstellte, war Dr. Friede nur unerheblich verletzt worden, so daß er in seine Wohnung entlassen werden konnte. Die Flugzeugtrümmer sind von der Polizei beschlagnahmt worden.

Hochwassergefahr in Bayern!

Höchster Pegelstand des Regen seit 1903.

München, 31. Mai.

Die anhaltenden Niederschläge im Bayerischen Wald und im Nichtegebirge haben zu einem starken Anschwellen der Gewässer geführt. Der Fluß Regen ist in Cham und Radlitz auf Katastrophenhochwasser gestiegen, das alle seine bisher bekannten Hochwasserstände überschreitet. Cham meldete heute nacht einen Pegelstand von 243 Zentimetern. Der bisher höchste Hochwasserstand vom Januar 1903 betrug 230 Zentimeter. In Radlitz wurden heute vormittag 300 Zentimeter gemessen, 18 Zentimeter mehr als bei dem bisherigen Hochwasserhöchststand vom Januar 1920. In beiden Orten mußten viele Anwesen geräumt werden. Auch von der Donau wird ein Steigen des Wassers gemeldet.

Trauerfeier für Heinz Joachim v. Morgen. Auf dem Friedhof der Reuen Kirche in der Mollstr. in Berlin-Wannsee wurde am Dienstag nachmittag bei dem Freitag bei dem Training auf dem Rüburburgring tödlich verunglückte Berliner Rennfahrer Heinz Joachim v. Morgen zur letzten Ruhe getragen.

„Ja, die Königin.“
Der Beschließer trabt zurück zur Tür. Dort hat sich bei dem Posten eines Eintretenden wegen Bestieb erhoben.
„Die Königin?“ fragt Zizka. „Wozu brauchst du deinen Knappen in der Sänfte?“
Kepta und Duba schauen sich an. Zizka versteht und host aus zu einem lästerlichen Fluch. In diesem Augenblick reihen beiführende Hände die Kanzleitur auf. Herr Pfalzgraf Ludwig tritt lärmend heraus, in der Hand einen pergamentenen Zettel.
„Schlechten Streuland verwenden die Schreiberseelen“, schreibt er, immer wieder den Zettel schwenkend. „Lütschnah wird einem ein solches Instrument behandelt!“
Die Herren verlassen miteinander die Pfalz.
Knechte kommen gerannt und bringen die Pferde. Es gibt die Unruhe des Aufstiegs.
Am Fenster steht Sigmund und schaut zu, wie die Reiter die Richtung aufs Franziskanerkloster zu nehmen. Kepta und Wenzel flankieren den Pfalzgrafen. Zizka reitet als letzter. „Der Rappe lohnt“, stellt Sigmund fest, „der muß einen ordentlichen Ritt hinter sich haben.“
Leise schüttelt sein rötlicher Bart. Der König lacht. Buntlos lacht er, wie ein Kobold, der einen Schacht des Trugs und des Verderbens gegraben.
Unvermittelt wird er ernst.
Jetzt scheint sein Bart aus starrem Kupfer zu sein.
Der Biid des Königs hat sich wieder zur Welpse gewendet. Die ist eben dabei, die Gruff der Raupe abzudecken.
Zweihundert Schritte weiter flucht Zizka und wil mit Gemalt umkehren.
„Was hast du nur, unruhiger Geist?“ Inurzt Kepta.
„Eine Stinkwut, daß ich alt werde, Bruder! Ich habe vergessen, dem Krotzen den Brief aus Prag zu behandeln!“
„Hat Zeit!“ sagt Kepta.
Der Pfalzgraf hat ein paar der böhmischen Broden aufgefangan. Aber er kommt nicht dazu, sich über ihren Sinn Nar zu werden. Denn eben, als er mit dem Ueberlegen beginnen will, schlägt Keptas Pferd einen Trab an.
Es wäre eigentlich gar nicht nonnöten gewesen. Da liegt schon das Kloster.

Ohne ein Wort zu sagen, mit dem bloßen Wink der Augen, hat die Königin ihre Frauenzimmer aus der Kammerate geschickt.
Run, mit Karel allein, ist es mit ihrer Selbstherrschung

zu Ende. Ede der Knappe an Abwehr denken kann, hat sie ihn überrumpelt, mit beiden Händen hält sie seine Hüften umfaßt und zieht ihn zu sich heran.
Karel weiß keine andere Antwort, als daß er sich in heißem Kampf frei macht aus der Umklammerung und Schritt um Schritt zurückweicht.
Nun steht er, unbeweglich wie eine Statue, an der breiten Wand im schönsten Zimmer des Bündrichhauses und starrt aus großen, halb erschrocken, halb benommenen Augen unverwandt seine Bedrängerin an.
Das Herz schlägt ihm hoch hinauf bis zum Hals. Sein Brustkasten hebt sich hart und gewaltiam. Streng und pfeifend geht sein Atem.
Die Verführerin weidet sich an seiner knabenhaften Hilflosigkeit.
„Wie alt bist du eigentlich?“
„Sechzehn!“ würgt Karel.
„Hast du schon einen Schatz?“
Wie ein ertapptes Mädchen schlägt der Knappe die Augen nieder. Er schämt sich. Aber alles Zieren und Weigern nützt nichts. Der Zwang, in dem er steht, ist zu groß. Diesem Blick, der ihm Wille und Widerstand aus dem Leib saugt, kann er nicht widerstreben. Er muß Antwort geben.
„Nein!“ lügt er schüchtern.
„So, du bist noch frei!“ sagt lachend Frau Barbara. Sie geht zur Tür und stüht mit einem niedrigen Ruck den Nachriegel. Karel ist ihr Gefangener.
Sie legt alle Ueberredungskraft, deren sie fähig ist, in ihre Stimme.
Karel wil nicht. Er fürchtet sich vor dieser Frau. Nur fort von hier! Er stemmt sich gegen die Wand an, als könnte er sich in sie verschlucken und so entkommen.
Doch diese Frauenaugen lassen ihn nicht mehr aus.
Sein Widerstand ist nutzlos, er spürt es selber. Die unheimliche Kraft, der er verfallt, wird immer größer. Stärker wird sie, näher, gewaltiger! Jetzt steht die Königin so dicht vor ihm, daß er durch sein Samtwams hindurch die Wärme ihres Seides spürt. Ihr horcher Duft verflücht ihm den Arm. Karel zittert.
Er weiß, jetzt wird sie ihn wieder mit diesem herben Griff um die Hüften packen und ihn an sich pressen.
Doch sie rührt ihn nicht mit den Händen an, sondern nur mit dem Blick. Aber dieser Blick ist mächtiger, als es die Umwicklung ihrer leidenschaftlichen Arme sein würde.
(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und „neues System“

Das Wichtigste: ruhiges Urteil, feste Nerven und Bereitschaft.

Politisch gesehen, hat die großagrarisch-schwerindustrielle Kamarilla, da sie die Unterstützung des Reichspräsidenten fand, die Reichsregierung gestützt. Oekonomisch entscheidend sind die Absichten der Kamarilla, denen der Reichspräsident seine Unterstützung lieh. Darüber läßt sich jetzt etwa folgendes feststellen:

Für die Großagrarier, betroffen sind 500 von etwa 3000 ostelbischen Großbetrieben, sollte das Siedlungsprogramm Stegerwalds beseitigt werden, das „morgentlich“ sei und die Gutsbesitzer enteigne. Diesen 500 Gutsbesitzern gehörte von ihren Gütern nichts mehr. Sie wollen Subventionen wie früher.

Der Schwerindustrie war schon vor den endgültigen Beschlüssen des Brüning-Kabinetts über das Notprogramm die Arbeitszeitverkürzung geopfert worden. Sie verlangte außerdem die Beseitigung jeder Verbindlichkeitserklärung. Also freie Wirtschaft auf sozialem Gebiet zum unbegrenzten Lohnruck.

Verlangt wurden ferner die Arbeitsdienstpflicht statt des freiwilligen Arbeitsdienstes, die Aufhebung des steuerlichen Notprogramms, ein industrielles Arbeitsbeschaffungsprogramm ohne Siedlung und ohne Prämienanleihe. Da Geld aber nötig ist, Dr. Luther mit Brüning solidarisch in der Verteidigung der festen Währung war, sollte durch Beseitigung Luthers der Weg zu einer „gezügelter Inflation“ geöffnet werden.

Kennzeichnend ist für das ganze „Programm“: Zu Lasten der Steuerzahler, privaten Gläubiger und Arbeitnehmer wollten sich Agrarier und Schwerindustrie um die Krisenverluste drücken und ihre Stellung als privilegierte Kartell- und Agrarentenkasse durchsetzen. Mit falschen Beschuldigungen der Regierung Brüning hat man den Reichspräsidenten für dieses Programm gewonnen. Profitwille, Steuerhosen und rückichtsloser Wille zur Beförderung scheitert auch vor künstlicher Kreditgewährung nicht zurück.

Die nächsten Folgen.

Das erste ist, daß Brünings Notprogramm in der Befestigung verfehlt. Die Prämienanleihe wird nicht aufgelegt; die Arbeitsbeschaffung in der beabsichtigten Form unterbleibt. Die Arbeitszeitverkürzung unterbleibt. Die beabsichtigten neuen Steuern werden nicht erhoben.

Finanziell ist aber zu beachten: die alten Steuern laufen natürlich weiter, die entsprechenden Einnahmen auch. Die verlängerte Krisensteuer wäre erst in einigen Monaten neu zu erheben gewesen; die Weitererhebung der Bürgersteuer aber schon ab Mitte Juli. Die Beschäftigtensteuer, die für die Zahlung der

Wohlfahrtsunterstützung sofort zugunsten der Gemeinden nötig gewesen wäre, ist mit 25 bis 30 Millionen monatlich der empfindlichste Ausfall.

Das Reichs- und Gemeindefizit wird sich aber vergrößern; die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen wird bald teilweise gefährdet sein, wenn nicht schnell neue Einnahmen erschlossen werden.

Weltpolitisch und weltwirtschaftlich bedeutet Brünings Sturz eine Verschlechterung von Deutschlands Ansehen und von Deutschlands Kredit. Die an die Lausanner Reparationskonferenz geträumte Hoffnung, daß eine Belebung der Weltwirtschaft ihr folgen kann, ist wohl auf längere Zeit zerfallen.

Das Wirtschaftsleben wird also vorläufig seinen schlechten Gang weitergehen. Besserungshoffnungen sind zunächst überflüssig; in Deutschland, weil die wirtschaftliche Bereinigung im Osten und in der Schwerindustrie unterbleibt und weil neue Angriffe auf die inländische Kaufkraft zu befürchten sind, in der Weltwirtschaft, weil sich die Reibungsverluste in der Handels- und Rüstungspolitik wahrscheinlich noch vergrößern.

Wir werden die Nerven behalten.

Was wir jetzt haben, ist tatsächlich „die Revolution von oben“. Großkapitalisten und großagrarische Gruppen beherrschen die wohl bald endgültig gebildet: Regierung. Wenn diese wirklich die oben gekennzeichneten Absichten der schwerindustriellen und großagrarischen Reaktion durchführt, wird sie den wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeiten nur in der Richtung neuen sozialen Drucks oder künstlicher Krediterschaffung entsprechen können. Beides ist für die arbeitenden und erwerbslosen Massen gleich gefährlich, weil es für die Gesamtwirtschaft lebensgefährlich ist.

Die Bäume werden freilich auch jetzt nicht in den Himmel wachsen. Die neue Regierung will das kapitalistische System erhalten. Wenn das erreicht werden soll, darf sie die kapitalistischen Wirtschaftsgesetze nicht mit Füßen treten. Der Bereinigung der Arbeitskraft und der Wahrung sozialer Notwendigkeiten sind gerade jetzt äußerst enge Grenzen gesetzt. Das weiß die organisierte Arbeiterklasse sehr gut. Darum wird sie auch die Nerven behalten.

Die Stunden des kapitalistischen Systems sind gezählt. Wird jetzt ein Programm des weiteren Sozialabbaus durchgeführt, so wird sich diese Regierung als Totengraber des Kapitalismus betätigen. Für den sozialen Abwehrkampf wie für den Kampf um neue Wirtschaftsformen wird sie die Arbeiterklasse gleich bereit finden.

Bedeutamer als diese Tätigkeit kleiner Spekulanten ist es, daß das schwerindustrielle Kapital mit dem Sturz des Kabinetts Brüning jetzt die Zeit gekommen sieht, wo das Lohn-tariffsystem zerbrechen, die Sozialversicherung weiter abgebaut und damit auf Kosten der wertvollen Massen dem entwerteten Aktienbesitz eine neue Stütze gegeben werden könnte. Jedenfalls läßt die überhitzte Börsenatmosphäre dieser Tage schon deutlich erkennen, welche Panik eine Regierung in Deutschland hervorgerufen würde, die an der Stabilität der Währung rütteln würde.

Lebenshaltungskosten im Mai.

Das Reichsstatistische Amt teilt mit:

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai 1932 auf 121,1 gegenüber 121,7 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,5 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen außer der Woh-

nung, die mit 121,4 unverändert geblieben ist, beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,6 Proz. auf 112,7 Proz., für Heizung und Beleuchtung um 1,5 Proz. auf 133,8 Prozent, für Bekleidung von 0,4 Proz. auf 117,8 Proz., für „Sonstiger Bedarf“ von 0,1 Proz. auf 166,5 Proz. In der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung sind die Preise für Hausbrand durch die Gewährung von Sommerpreisabschlägen zurückgegangen.

Drenstein & Koppel.

Der Gesamtumsatz betrug immer noch 64,5 Mill. Mark.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des hohen Millionenverlustes der Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. gibt jetzt ein anderer führender Konzern der Berliner Metallindustrie, die Drenstein u. Koppel A.-G., seinen Jahresabschluss für 1931 bekannt. Im Gegensatz zu der Bergmann A.-G., die ohne jeden Reservevorrat in die Krise hineinging, hat sich der Drenstein u. Koppel-Konzern schon im dritten Krisenjahr noch einen verhältnismäßig günstigen Jahresabschluss vorlegen kann.

Das vielseitige Fabrikationsprogramm hat die Entwicklung bei Drenstein u. Koppel auch 1931, dem Jahre einer verheerenden Produktionschumpung im Waggonbau günstiger beeinflusst, als bei den anderen Großunternehmungen dieses Industriezweiges.

Die Gesamtumsätze betragen:

1929	95 Millionen Mark
1930	86 „ „
1931	64,5 „ „

Gegenüber dem letzten normalen Wirtschaftsjahr 1929 hat sich also der Umsatz bei Drenstein u. Koppel im folgenden Jahr um 10 Proz. und sodann im Berichtsjahr um weitere 25 Proz. verringert. Hierbei spielt natürlich auch der Preisabbau, besonders im Export, eine Rolle. Der Anteil des Exportgeschäfts ist im letzten Jahr auf rund 68 Proz. gesunken. Der Bericht der Verwaltung weist darauf hin, daß von dem rund 44 Mill. Mark betragenden Auslandsabsatz rund 10,5 Mill. Mark auf Rußlandgeschäfte entfallen, so daß es also dem Konzern trotz der Zollmaßnahmen und vielfachen Einfuhrerleichterungen des Auslandes noch möglich war, rund 33,5 Millionen Mark auf den heiß umkämpften Auslandsmärkten abzusetzen.

Die Bilanz ist infolge der seit langen Jahren betriebenen Reservepolitik auch diesmal wieder sehr flüssig. Die Gesellschaft hatte, worauf wir in den vergangenen Jahren bereits hingewiesen haben, aus freigegebenen Amerikaguthaben insgesamt 4,7 Mill. Mark und außerdem aus weiterem Kriegsschadenersatz 2,1 Mill. Mark Reichsschuldensforderungen erhalten. Diese Beträge hatte die Gesellschaft ausschließlich zu Abschreibungen auf den Maschinenpark und mit rund 3 Millionen zu stillen Rückstellungen unter Kreditoren (Schulden) verwendet. Ein Teil dieser Rückstellungen ist jetzt zur Deckung von Währungs- und Konjunkturlücken aufgelöst worden.

Jedoch verstreut der Geschäftsbericht, wieviel stille Rückstellungen unter den 6,5 Mill. Mark Schulden noch enthalten sind. „Echte“ Schulden dürften höchstens 5 Mill. Mark vorhanden sein. Der Rückgriff auf diese stillen Reserven hat es der Gesellschaft jedenfalls ermöglicht — wie wir schon kurz meldeten —, nur einen ganz geringfügigen Verlust von etwas mehr als 88 000 Mark auszuweisen, nach dessen Deckung aus dem nichtverwendeten Gewinn von 1930 noch ein Gewinnrest von knapp 256 000 Mark vorgetragen wurde.

Die Zahlungsbereitschaft bei Drenstein u. Koppel ist nach wie vor groß. Bargeld, Bankguthaben, Wechsel und Forderungen werden zusammen mit 15,3 Mill. Mark ausgewiesen, so daß das flüssige Vermögen die laufenden Schulden um das Dreifache übersteigt.

Die Belegschaft, die bis 1930 noch 8000 Mann umfaßte, ist im Berichtsjahr durch scharfe Abbaumaßnahmen erheblich verringert worden. Ueber die Zahl der zur Zeit noch Beschäftigten gibt der Geschäftsbericht jedoch keine Auskunft.

Börse und Politik.

Die Hintergründe der Aktienhaufe.

Die beiden ersten Börsentage nach dem Sturz des Kabinetts Brüning haben eine ziemlich milde Kurssteigerung auf den Aktienmärkten gebracht. Während am Montag die Kurse von sogenannten Standardwerten bis zu 5 Punkten Notierten, setzte sich an der gestrigen Börse die Steigerung in verschärftem Tempo fort. Neue Kurssteigerungen von 5 bis 7 Punkten waren die Regel, und einige Spezialwerte konnten ihren Kursstand sogar um 8 bis 10 Proz. verbessern.

Das Echo der Presse auf diese überhitzte Börsenstimmung ist vielfach überspitzt. Es ist übereilt und auch leichtfertig, in diesem Zusammenhang schon von einer Inflationspsychose zu sprechen. Die Umsätze an der Börse sind nach wie vor klein. Aber die Spekulation treibt die Kurse hoch, um Stimmung zu machen. Wer die politische Urteilsfähigkeit der Börseleute und ihre leichte Beeinflussbarkeit kennt, wird solchen Erscheinungen solange keine größere Bedeutung beimessen, als nicht die Bankwelt und breite Kreise des Publikums in großem Maßstab zu kaufen beginnen.

Nur noch einen Tag Geduld — morgen finden Sie

die Lösung!

